

# MANIFEST

Zur Kommunalwahl in Köln am 26. September 2004

## Wählt wild und gefährlich! Ökologische Linke

Wir treten gegen diejenigen an, die Menschen ausbeuten, sie mit Stress, Arbeits-  
hetze, Erniedrigung, Lärm und Arbeitsplatz-  
giften fertig machen. Wir wissen, dass die  
Stadt Köln den Kapitalismus, diese men-  
schen- und naturvernichtende Produktions-  
weise, nicht allein abschaffen kann.

Aber die Stadt darf nicht – z. B. mit einer viel  
zu niedrigen Gewerbesteuer – das Kapital,  
die großen Konzerne und Banken subventio-  
nieren, während den Geringverdienenden  
und Armen in dieser Stadt jeder Genuss  
missgönnt, der Zugang zu kulturellen und  
Bildungsmöglichkeiten verwehrt und mate-  
rielle Sicherheit verweigert wird.

1

Die Ökologische Linke beteiligt sich mit  
KandidatInnen in allen 45 Kölner Wahl-  
kreisen und mit einer kölnweiten Liste  
und Listen für die Stadtbezirke Innenstadt,  
Ehrenfeld, Nippes und Mülheim an dieser  
Kommunalwahl. Von den 45 KandidatInnen  
sind 24 Frauen. Ein antipatriarchales Grund-  
verständnis ist für uns selbstverständlich.

Wir kommen rein!  
Die 5-Prozent-Hürde  
wurde abgeschafft.  
Jede Stimme zählt!

Was viele nicht  
wissen:  
Es dürfen alle  
KölnerInnen ab 16  
und alle  
EU-BürgerInnen  
wählen.

2

Wir stehen gegen die,  
die Sozialhilfeempfän-  
gerInnen demütigen,  
Arbeitslose zwangsmo-  
bilisieren, Wohnsitzlose  
erfrieren und alte,  
kranke Menschen in  
der Sommerhitze um-  
kommen lassen.

Wir wollen Natur in  
der Stadt. Natur ist  
ein Erlebnisraum. In  
städtischer Natur kann  
mensch spielen, sich  
erholen, genießen,  
Neugier entwickeln.

Ebenso kämpfen wir für  
eine korruptionsfreie,  
ökologische Müllverwer-  
tung ohne die Dioxin-  
schleuder Müllverbren-  
nung. Wir sind bedin-  
gungslos für eine Ener-  
gieversorgung ohne  
Atomstrom.

Faschismus ist keine  
Meinung, sondern ein  
Verbrechen!

Linke emanzipatorische  
Kommunalpolitik be-  
deutet auch: Köln zu  
entmilitarisieren.

Gegen die »Hochkultur«  
der Kölner Mächtigen  
und der Schickeria  
setzen wir eine Kultur  
von unten.

Wir wollen keine Polizei-  
festung Köln, sondern  
eine offene Stadt.

Wir kandidieren, weil  
wir vieles in dieser  
Stadt satt haben: Die  
Zerstörung von Natur  
und Gesundheit, Armut  
und Ausbeutung,  
Korruption, Rassismus  
und Antisemitismus.

Viele KölnerInnen, darunter immer mehr Kinder und Jugendliche, leben am Existenzminimum. **Wir stehen gegen die, die SozialhilfeempfängerInnen demütigen, Arbeitslose zwangsmobilisieren, Wohnsitzlose erfrieren und alte, kranke Menschen in der Sommerhitze umkommen lassen.** Und wir stehen gegen die, die mit Überwachung und Law-and-order-Politik gegen Arme, Junkies, Linke und AusländerInnen die letzten Krümel Demokratie zertreten. Auch unter einer CDU/Grünen-Stadtregerung jagt die Polizei sozial schwache Menschen – Wohnsitzlose, BettlerInnen und Drogenabhängige. Die Verhältnisse, die Armut und Hoffnungslosigkeit hervorbringen, müssen bekämpft werden, nicht ihre Opfer!

Egal wer regiert – CDU, SPD, Grüne, FDP oder PDS – alle sortieren Alte, Kranke und behinderte Menschen brutal aus; Frauenhäuser und Hilfen für Mädchen werden finanziell ausgetrocknet; Jugendliche, SchülerInnen und Studierende müssen teuer für ihre Ausbildung blechen. Viele von ihnen werden nie einen Arbeitsplatz bekommen. Lohnabhängig Arbeitende sollen bis zur Erschöpfung schufteln. Immer mehr, insbeson-

Menschen- und umweltfreundliche öffentliche Nahverkehrsmittel dürfen die Luft nicht mit Benzol und anderen chemischen Giftstoffen verseuchen. **Ebenso kämpfen wir für eine korruptionsfreie, ökologische Müllverwertung ohne die Dioxinschleuder Müllverbrennung. Wir sind bedingungslos für eine Energieversorgung ohne Atomstrom.** Die Kommune soll selbst entscheiden, dass sie endlich erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasser nutzen will!

KölnerInnen ausländischer Herkunft werden von Neonazis attackiert und vom Alltagsrassismus der Skins in Schlips, Anzug und Kostüm in Firmen und städtischen Behörden, wie dem Sozialamt, dem Arbeitsamt, dem Schulamt, dem Ordnungsamt usw. Rassismus hat viele Erscheinungsformen: Wer abschieben kann, braucht nicht unbedingt einen Baseballschläger zur Befriedigung seines rassistischen Menschenbildes.

Wir wollen ein Bleiberecht für alle und offene Grenzen. Kein Mensch ist illegal!

dere Arbeitslose, alleinerziehende Frauen und MigrantInnen bleiben auf der Strecke, verelenden.

Wir wollen die Zerstörung der sozialen Sicherungen wie der Arbeitslosenversicherung, der Renten und der Gesundheitsversorgung stoppen.

Wir kandidieren für einen Zustand der Natur, der den Menschen nicht die Luft zum Atmen nimmt.

**Wir wollen Natur in der Stadt. Natur ist ein Erlebnisraum. In städtischer Natur kann mensch spielen, sich erholen, genießen, Neugier entwickeln.**

Bäume und andere Pflanzen filtern abgasbelastete Luft und mindern das Risiko, krank zu werden.

Stadtplanung und Verkehrspolitik haben für unser Wohlbefinden da zu sein, für gute Luft, sauberes Wasser und Boden; Parks und öffentliche Räume für alle; für Bewegung und Kommunikation; für schöne, bezahlbare Wohnungen, nicht für Auto- und Fluglärm und nicht für die ökonomischen Interessen von InvestorInnen, Konzernen und Banken.

3

Im Durchschnitt arbeiten Kölner MigrantInnen – sofern sie Arbeit haben – unter den miesesten sozialen und finanziellen Bedingungen. Sie müssen teuer für schlechte Wohnungen zahlen und leben an den lautesten Straßen, haben die schlechteste Gesundheitsversorgung und den schwersten Zugang zu Bildung. Man schikaniert sie mit rassistischen Sondergesetzen wie dem Ausländergesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz und pfercht sogar Flüchtlingskinder in Schiffskabinen und Sammel-lager ein. Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge leiden am meisten unter sexistischen Repressionen.

Wir bekämpfen Parteien wie Pro Köln, Republikaner oder NPD, die ein faschistisches Menschenbild in Köln etablieren wollen, d. h. Menschen in minderwertig und höherwertig einteilen. **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

Wir lassen auch künftig nicht zu, dass der deutsche Massenmord an JüdInnen, an OsteuropäerInnen, KommunistInnen, Schwulen

und Roma und Sinti im NS-Faschismus ge-  
leugnet oder verharmlost wird. Auch nicht,  
um neue deutsche Kriege mit einer verlogenen  
Menschenrechtsbegründung zu rechtfertigen –  
wie 1999 im NATO-Krieg gegen Jugoslawien.  
Auch bei diesem ersten deutschen Krieg nach  
1945 waren die Grünen an vorderster Stelle.  
Sie haben Auschwitz relativiert (Kosovo =  
Auschwitz). Seitdem haben sie in vielen  
Teilen der Welt dem Einsatz deutscher  
Truppen zugestimmt.

**Linke emanzipatorische Kommunalpolitik bedeutet auch: Köln zu entmilitarisieren.** Wir wollen keine KriegstreiberInnen, keinen Nationalismus, keine Rüstungsexporte, keine Soldatengottesdienste von Kardinal Meisner oder sonstwem, keine Militärmusikfestivals, keine Städtepartnerschaft mit dem Bundeswehr-Kriegsschiff »Köln«.

Wir verlangen, dass die Stadtregierung offen legt, wie Köln in EU- und NATO-Kriegsplanungen einbezogen ist; welche Rolle diese Stadt bei Kriegen unter deutscher Beteiligung spielen soll; welche Waffen hier lagern und wessen Truppen über die Bundeswehr-Kriegszentrale »Fliegerhorst Köln-Wahn« an welche Orte der Welt verschoben werden.

**Wir kandidieren, weil wir vieles in dieser Stadt satt haben: Die Zerstörung von Natur und Gesundheit, Armut und Ausbeutung, Korruption, Rassismus und Antisemitismus.**

Wir kandidieren gegen CDU, SPD, FDP – und müssen keinem unserer WählerInnen und mit uns sympathisierenden Menschen noch erzählen, warum.

Wir kandidieren gegen die antisoziale Kriegspartei Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind längst eine Partei, die sich der Kapitallogik unterwirft, dem grenzenlosen Wachstum hinterherkriecht, Umwelttechnokratisches als Ökologie verkauft und sich zynisch gegenüber den Menschen und der Natur verhält.

Keine Partei hat seit Beginn der neunziger Jahre so enthemmt und skrupellos dazu beigetragen, dass die sozialen Sicherungssysteme zerschlagen werden wie die Grünen, und dass die Wohlhabenden und Reichen einen Steuervorteil nach dem ande-

Die Ökologische Linke fordert die freie politische und kulturelle Betätigung aller Menschen in dieser Stadt. Wir wollen ein allgemeines Wahlrecht für alle KölnerInnen.

**Gegen die »Hochkultur« der Kölner Möchtegerns und der Schickeria setzen wir eine Kultur von unten,** die sich mit der ganzen Breite des menschlichen Lebens auseinandersetzt, und die sich dabei frei entfalten kann. Kinder und Jugendliche sollen sich autonom, angstfrei und ohne Bevormundung begegnen können, egal, wo sie herkommen, ob sie arm oder reich, deutsch oder nicht-deutsch sind.

**Wir wollen keine Polizeifestung Köln, sondern eine offene Stadt.** Darin hat weder die geplante flächendeckende Videoüberwachung noch die »Säuberung« der Innenstädte von Obdachlosen und Armen und von als »auffällig« definierten Menschen einen Platz.

5

ren einkassieren und dass vor allem die Konzerne Extraprofiten bejubeln können.

Auch die Ökosteuer ist nichts als Lohnraub und das »Öko« im Wort eine Lüge. Tatsächlich ist die Ökosteuer eine zweite Mehrwertsteuer, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen belastet.

Die Grünen sind Verfechter der Privatisierung von städtischen Betrieben und Wohnungen. Höhere Preise, miesere Arbeitsbedingungen und schlechterer Service sind die Folge.

Die PDS ist gerade dabei, die Grünen rechts einzuholen. Die PDS heute steht auf dem Boden des Kapitals. Sie stimmt für Demokratiezerstörung und für Sozialabbau. Sie fördert Destruktivkräfte wie die Atom- und Gentechnik. Zumindest in der Ost-PDS gibt es subtilen bis offenen Rassismus, das führt in der Praxis auch zu Kontakten mit FaschistInnen. Für Deutschtümeleien ist sie jederzeit zu haben und wird beim nächsten Kriegseinsatz dabei sein, sofern sie dafür mitregieren darf.

6

**Wir wollen keinen Stadtrat und keine Stadtregierung, die parteiübergreifend InvestorInnen in den Arsch kriechen und am kölschen Korruptions-Klüngel teilhaben.**

Wir lassen uns nicht auf ein Gemeinwohl verpflichten, das nur ein anderes Wort für den Eigennutz der Herrschenden ist, für die, die weltweit Kriege führen; Schutzsuchende in Folter und Elend abschieben; als Chefs oder Amtsleiter auf den Menschen und ihren Nöten herumtrampeln.

**Köln braucht eine linke kommunale Gegenmacht zur herrschenden Politik,** parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Unser Ziel ist, dass die Menschen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, dass sie selbst bestimmen, wie sie leben und arbeiten wollen.

**Wählt wild und gefährlich!**

## Ökologische Linke Köln

**Kontakt:**

**René Spreer**  
Holweider Str. 1  
51065 Köln  
0177-2006344

[www.oekologische-linke.de](http://www.oekologische-linke.de)

**Wir finanzieren uns selbst und sind dringend auf (steuerabzugsfähige) Spenden angewiesen. Herzlichen Dank!**

**Spenden-Kontonummer:**  
194 44-601 (BLZ 500 100 60),  
Postgiro Frankfurt/Main,  
Stichwort »Köln«

7

# Wählt wild und gefährlich



**Gegen  
Verelendung  
Entwertung  
Vernichtung**

**Eine Polemik von**

## Jutta Ditzfurth

**Autorin, Stadtverordnete in Frankfurt/M.  
und den KandidatInnen**

**Mi. 22.9.2004  
20 Uhr**

**Bürgerhaus Stollwerck  
Köln Dreikönigenstr. 23  
Raum 416**

**Straßenbahn 6, 15, 16 zum Chlodwigplatz und von dort Bus 132 und 133  
zur Severinskirche oder Straßenbahn 6, 15, 16 zum Ubierring**



# Ökologische Linke